

Olympische Träumereien

Das Walliser Kantonsparlament stellt sich hinter den Kredit von 100 Millionen Franken für «Sion 2026»

Trotz vielen offenen Fragen will sich die Politik im Wallis die Träume von Olympischen Winterspielen nicht nehmen lassen. Das letzte Wort hat aber das Volk.

JÖRG KRUMMENACHER, SITTEN

«Wir müssen träumen» – so sprach am Montag Tarcis Ançay, ein ehemaliger Leichtathlet, im Grossen Rat zu Sitten. Ançay, ein Parlamentarier der Linksalianz, sagte weiter, dass er sich das Projekt «Sion 2026» partout nicht schlechtreden lasse. Damit zielte er nicht zuletzt auf Mitglieder seiner eigenen Fraktion. Die Debatte über die Olympiabewerbung spaltet nicht nur einzelne Fraktionen, sondern teilt auch das Walliser Kantonsparlament in Optimisten und Skeptiker. Innerhalb der Walliser SP wird eine Mitgliederbefragung zeigen, zu welcher Seite die Mehrheit neigt.

«Die Scheinwerfer der Welt»

Im Grossen Rat behielt die Fraktion aus Optimisten und Träumern wie erwartet die Oberhand. Sie sieht die Olympiakandidatur «Sion 2026» als grosse Chance: einerseits für das Wallis und die Schweiz, andererseits für die olympische Bewegung. Mit 95 gegen 33 Stimmen trat der Walliser Grosse Rat denn auch auf eine Gesetzesvorlage über 100 Millionen Franken ein, die Investitionen von 60 Millionen in die Infrastruktur und einen Anteil von 40 Millionen an den Sicherheitskosten vorsieht. Ein Nichteintretensantrag der Grünen blieb ebenso chancenlos wie ein Rückweisungsantrag der SVP Unterwallis.

«Sion 2026» soll das Wallis, so die überwiegende Meinung, weltweit bekannt machen und «die Scheinwerfer der Welt auf uns lenken», wie Staatsrat Frédéric Favre sagte. Gleichzeitig soll es dem Internationalen Olympischen Komitee (IOK) Gelegenheit bieten, an Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und anstelle von Doping und Korruption den Sport wieder in den Fokus Olympischer Spiele zu rücken. «Wir brauchen die Spiele, und die Spiele brauchen uns», sagte CVP-Grossrat Joachim Rausis.

2026 sollen die Winterspiele, 20 Jahre nach Turin, erstmals wieder in den Alpen und in redimensionierter Form stattfinden. Sitten hatte schon für 2006 kandidiert, allerdings gegen Turin ver-



Werden die Träume von Olympia wahr, oder lösen sie sich spätestens 2019 in Luft auf?

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEYSTONE

loren. Damals hatte das Walliser Stimmvolk mit 67 Prozent Ja gesagt. Diesmal dürfte es schwieriger werden, die Stimmbürger bis zur Volksabstimmung am 10. Juni vom Sinn der Kandidatur zu überzeugen. Dessen waren sich am Montag auch die Akteure im Grossen Rat bewusst. Selbst seitens der Befürworter gab es kritische Anmerkungen in Bezug auf zahlreiche offene Fragen bei der Kandidatur. Favre konnte in einer emotionalen Rede noch keine Antworten geben; er vertröstete auf die kommenden Monate. Stattdessen kritisierte er mit etwas wehleidiger Attitüde die Kritiker von «Sion 2026». Schliesslich, so hiess es im Rat, sei das Kandidaturdossier für 2026 schon jetzt besser als jenes vor 20 Jahren.

Zu klären ist insbesondere, wer seitens der Organisatoren den Vertrag mit dem IOK unterzeichnet und damit auch die Verantwortung trägt. Bis jetzt sind weder die Austragungsstadt Sitten noch der Kanton, noch der Bund bereit, für ein allfälliges Defizit geradzustehen. Der Hinweis der Walliser Regierung, es werde gewiss kein Defizit geben, ist da wenig hilfreich. Ebenso bleibt im Wallis noch unklar, welche

Kosten letztlich die Gemeinden zu tragen haben.

Nachhaltigkeit infrage gestellt

Eine zentrale Rolle spielt auch das Ziel nachhaltiger Spiele. Bereits 1999 hatten das Wallis und die Stadt Sitten eine Stiftung für die nachhaltige Entwicklung der Bergregionen ins Leben gerufen. Diese ist nun damit beauftragt, die Kandidatur kritisch zu begleiten und Empfehlungen abzugeben. Dabei fokussiert sie auf fünf Bereiche: Infrastruktur und natürliche Stätten, Ressourcenangebot und -management, Mobilität, Arbeitnehmer sowie Klima.

Vor wenigen Tagen hat die Stiftung eine erste Auswertung präsentiert, die allerdings noch wenig konkret ist. Zentral ist vielmehr die Empfehlung der Stiftung an «Sion 2026», ein Konzept für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, um so die Glaubwürdigkeit in diesem Bereich zu stärken – womit auch gesagt ist, dass ein solches Konzept noch gar nicht existiert.

Im Durchführungsbudget für die Winterspiele 2026, das sich auf knapp zwei Milliarden Franken beläuft, sind

für den Bereich Nachhaltigkeit und Vermächtnis 91 Millionen Franken eingesetzt. Im Grossen Rat kritisierten die Grünen allerdings, dass allein 25 Millionen davon für künstliche Beschneidung vorgesehen seien. Die Frage stelle sich damit, ob die Nachhaltigkeit nicht ein Alibi sei. Innovative Ansätze seien bis jetzt jedenfalls nicht auszumachen.

Am Freitag wird der Grosse Rat noch einzelne Details besprechen und voraussichtlich einen Passus einfügen, wonach der Kanton nicht bereit ist, über die 100 Millionen Franken hinaus ein finanzielles Risiko mitzutragen. Die vorbereitende Ratskommission schlägt einen Zusatz vor, wonach die Unterstützung für «Sion 2026» zurückzuziehen sei, falls das vorliegende Dossier so abgeändert werde, «dass dadurch das entsprechende finanzielle Gleichgewicht gefährdet wäre».

Sollte das Walliser Stimmvolk am 10. Juni Ja zu «Sion 2026» sagen, werden sich die eidgenössischen Räte im Herbst über die Kandidatur und die Garantie des Bundes von knapp einer Milliarde Franken beugen müssen. 2019 entscheidet dann das IOK, wohin die Winterspiele 2026 vergeben werden.

Heikle Waffenexporte?

Unheilige Allianz kritisiert Verordnungsanpassung

zas. Bern · Die im Februar erfolgte Bekanntgabe des Bundesrats, Waffenexporte in Bürgerkriegsländer prüfen zu wollen, schreckte eine unheilige Allianz von sechs Frauen aus verschiedenen Parteien auf: Priska Seiler Graf (sp.), Sibel Arslan (gp.), Kathrin Bertschy (glp.), Barbara Schmid-Federer (cvp.), Rosmarie Quadranti (bdp.) und Natalie Rickli (svp.) reichten eine Handvoll Fragen ein, welche die Landesregierung am Montag beantwortet hat.

Bezüglich Wahrung der humanitären Tradition der Schweiz hielt der Bundesrat fest, dass es sich bei der Beurteilung von Kriegsmaterialgeschäften um eine «Interessenabwägung» handle. Einerseits seien die internationalen Verpflichtungen der Schweiz zu erfüllen sowie die ausserpolitischen Grundsätze zu wahren. Andererseits solle eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrechterhalten werden. «Auch zukünftige Kriegsmaterialexporte werden somit mit dem friedensfördernden Engagement der Schweiz vereinbar sein.»

Demnach sei auch der Handlungsspielraum für eine Anpassung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) begrenzt, schreibt das zuständige Wirtschaftsdepartement. Gemäss KMV werden Auslandsgeschäfte nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist». Eine schwarze Länderliste führt der Bundesrat allerdings nicht; das Staatssekretariat für Wirtschaft beurteilt die Exportgesuche im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Aussendepartements im Einzelfall. Von der seit 2016 ohnehin gängigen Praxis dürfte sich eine Verordnungsanpassung denn auch kaum unterscheiden. Damals wurde das Exportmoratorium für die Golfregion gelockert, was SP und Grüne als Verletzung der KMV interpretierten.

Erteilte Bewilligungen können suspendiert werden, wenn «ausserordentliche Umstände» dies erfordern. Daran wird auch die neue Verordnung nichts ändern. Die Bewilligungsdauer soll hingegen auf zwei Jahre verlängert werden.

Zeitschriften sollen günstiger werden

Nationalrat will Preisdifferenz zum Ausland beseitigen

gam. · Ausländische Zeitschriften sind in der Schweiz oftmals massiv teurer als im Ausland. So zahlen Konsumentinnen und Konsumenten hierzulande für die aktuelle Ausgabe des «Lustigen Taschenbuchs» 12 Franken 50, in Deutschland hingegen nur 6 Euro 50. Geht es nach dem Nationalrat, soll sich das ändern. Er hat am Montag eine Motion der Wirtschaftskommission mit 102 zu 82 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Diese verlangt, dass der Bundesrat gemeinsam mit der Wettbewerbskommission und dem Preisüberwacher eine Lösung findet, damit die Preise sinken. Der Bundesrat lehnt eine staatliche Preisregulierung ab, ebenso eine rechte Kommissionsminderheit. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Die hohen Preisunterschiede sind auch Preisüberwacher Stefan Meierhans ein Dorn im Auge. So betrage der Preisunterschied im Vergleich zum Ausland zwischen rund 70 Prozent in der Deutsch-

schweiz und über 150 Prozent im Tessin. Doch wie kommen diese Differenzen zustande? Meierhans macht zwei «wettbewerbsverzerrende Hindernisse» dafür verantwortlich. Einerseits würden die Verlage die Endverkaufspreise für den Schweizer Markt vorgeben. Andererseits würden sich die Distributoren vom Markt abschotten. Diese verhandeln zwischen Kiosken, Detailhändlern und Verlagen, und sie organisieren die Belieferung mit internationalen Presstiteln. In der Schweiz verfügt die Firma 7 Days in diesem Bereich quasi über das Alleinvertriebsrecht im Grosshandel. «Ein Preiswettbewerb findet so nicht statt», erklärt Meierhans. Er hofft, dass die Motion auch im Ständerat durchkommt. Dass die Digitalisierung das Problem entschärft, wie der Bundesrat und einige Kritiker der Motion argumentieren, glaubt er nicht. Eine Nachfrage nach gedruckten Titeln werde es auch in Zukunft geben.

Andermatt fordern Verbot von Herdenhunden

Im vergangenen Sommer kam es im Urserental zu mehreren Zwischenfällen mit Wanderern und Bikern. Nun verlangen die Einheimischen ein Verbot von Herdenschutzhunden. Es wäre das erste in der Schweiz.

ERICH ASCHWANDEN

Andermatt und das Urserental gehören zu den schönsten Wanderregionen der Schweiz. Seitdem der ägyptische Investor Samih Sawiris im Urner Oberland Millionen investiert, steigt die Zahl der Gäste auch im Sommer. Der Urschner Talamann Hans Regli ist erfreut über diesen Aufschwung, den er allerdings in erster Gefahr sieht. «Solange hier Touristen nicht sicher wandern können, sondern von Herdenschutzhunden angegriffen werden, können wir nicht ruhig schlafen.»

Grund für die Aufregung sind verschiedene Zwischenfälle im Unteralp, wo in den letzten Sommern eine Schafherde von Hunden bewacht wurde. Die speziell ausgebildeten Hunde, die rund 1100 Tiere vor Angriffen durch Wölfe schützen sollten, verängstigten und bissen laut Regli mehrmals Wanderer und Biker, die auf dem vielbegangenen Weg unterwegs waren. 2016 hätten die Hunde zudem eine Ziege gerissen, die sich unter die Schafherde gemischt habe. «Wir haben jetzt zwei Probleme: den Wolf und die Hunde», stellt Regli, welcher der Korporation Ursern vorsteht, fest.

Wie das «Regionaljournal Zentralschweiz» berichtete, haben nun 150 Einwohner bei der Korporation eine Initiative eingereicht. Die Interessengemeinschaft «Keine Herdenschutzhunde» verlangt ein komplettes Halteverbot für solche Tiere im Urserental. Dieses erstreckt sich über die drei Gemeinden Andermatt, Hospental und Realp.

Probleme auch anderswo

Felix Hahn, Leiter des Bereichs Herdenschutz mit Hunden bei der nationalen landwirtschaftlichen Beratungszentrale Agridea, zeigt sich perplex über die Initiative. «In den letzten vier Jahren gab es nur eine Meldung über einen Zwischenfall. Dabei handelte es sich um leichte Kratzer», sagt Hahn, der die Situation vor Ort gut kennt. Er vermutet, dass Zwischenfälle mit Ziegen, die mit Angriffen auf Wanderer nichts zu tun hätten, die Stimmung verschlechtert haben.

Gemäss dem Experten für Herdenschutz kommt es auf einzelnen Alpen und Weiden immer wieder zu Konflikten. «Doch diese konnten wir bisher mit Einzelmassnahmen in Absprache mit den Gemeinwesen lösen», betont Hahn. So wurden in Graubünden und im Wallis schon Wanderwege verlegt oder mussten Hunde vorübergehend in einen Stall eingeschlossen werden. Laut dem Experten wäre es das erste Mal, dass in der Schweiz ein flächendeckendes Verbot für Herdenschutzhunde erlassen würde.

Bei der Korporation Ursern, die mit knapp 93 Prozent der weitaus grösste Grundbesitzer im Tal ist, stösst das Anliegen der Initianten auf offene Ohren. «Auf unserem Boden müssen wir das nicht tolerieren, sondern können den Schäfer auffordern, keine Hunde mitzubringen», sagt Regli. Inzwischen liegt ein Rechtsgutachten vor, das man mit den Initianten am Mittwoch besprechen will. Auch die Urner Regierung hat sich inzwischen in die Diskussion eingeschaltet.

Alternativen werden gesucht

Im Urserental ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Neben den rechtlichen Abklärungen prüft die Korporation auch alternative Massnahmen zu einem Totalverbot. So kann sich Talamann Regli vorstellen, dass die Schafherde am Tag durch den Hirten bewacht und während der Nacht mit einem Zaun geschützt wird. Ein weiterer Sommer mit Hunden kommt für ihn jedoch auf keinen Fall infrage. Sollte es zu keiner Einigung kommen, müsste wohl die Talgemeinde vom 27. Mai über das Verbot entscheiden.